Auswärtiges Amt

-W I Gen.457-

Berlin, den 17. Februar 1937.

Dtsch. Kons. Montreal
Eing.: 13. MRZ 1937
Tgb. Nr. 79

Im Anschluß an den Runderlass vom 7. November 1936 -W I Gen.7986- nachstehend einige Bemerkungen zur handelspolitischen Lage am Anfang des Jahres 1937.

I. Rückblick auf 1936.

Aus der Fülle der statistischen Zahlen, die die Fertigstellung der Wirtschaftsstatistik für 1936 gebracht hat, sollen hier nur vier Zahlen wiedergegeben werden mit einigen Bemerkungen dazu. Gegenüber 1935 ist Deutschlands

Ausfuhr um rund 500 Millionen RM gestiegen,
Einfuhr ungefähr gleich geblieben,
Ausfuhrüberschuss auf rund 550 Millionen RM gestiegen
innere industrielle Erzeugung um rund 13 % gestiegen.

Die nicht unbeträchtliche Steigerung der deutschen Ausfuhr ist im Hinblick darauf, dass die allgemeinen Voraussetzungen dafür nicht gerade günstig waren, als ein Erfolg der deutschen Handelspolitik und aller an der Ausfuhrförderung beteiligten amtlichen und privaten Kreise zu werten.

Die im Ganzen ungefähr gleich gebliebene Einfuhr hat sich gegenüber 1935 mehr nach der Ernährungsseite hin verschoben. Die Einfuhr der Rohstoffe ist gleichfalls gestiegen. Dagegen ist die Einfuhr der Halb- und Fertigwaren zurückgegangen. Unter den Rohstoffen sind mehr geringwertige Rohstoffe (z.B.Eisenerze) und weniger hochwertige Rohstoffe (z.B. Textilrohstoffe) eingeführt worden.

In den Kommentaren zu dem erhöhten Ausfuhrüberschuß wird meist hervorgehoben, dass der höhere Überschuß nicht bedeutet, daß mehr freie Devisen zur Verfügung stehen, da der grösste Teil des Überschusses für den Dienst der Auslandschulden,soweit er noch aufrecht erhalten wird, und für den Reiseverkehr nach dem Ausland aufgebraucht wird.

Dies

An

alle Missionen und
Berufskonsulate.

Montreal

Dies ist richtig und es wäre durchaus verfehlt, wenn man die Devisenlage im Hinblick auf den höheren Ausfuhrüberschuss jetzt weniger ernst beurteilen wollte. Immerhin muss aber vermerkt werden, dass Schuldendienst und Reiseverkehr auch im Jahre 1935 zu bedienen waren, dass also im Vergleich zu 1935 der Warenverkehr einen grösseren Beitrag zur Devisenlage geleistet hat.

Auf die Steigerung der inneren industriellen Erzeugung um 13 % habe ich oben deshalb besonders hingewiesen, weil darin ein schlagender Beweis gegen die im Ausland verbreiteten Prophezeiungen liegt, Deutschlands Wirtschaft stehe infolge Rohstoffmangel vor dem beldigen Zusammenbruch. Die in früheren Runderlassen wiederholt erwähnten Produktionsstörungen infolge Rohstoffmangels sind örtlich oder zeitlich beschränkt geblieben. Sie haben den Fortschritt der inneren industriellen Erzeugung im Ganzen nicht hemmen können. Die Erklärung dafür liegt in verschiedenen Gründen. So hat es die planmässige Steuerung der inneren Wirtschaft und der Einfuhr ermöglicht, die Einfuhr der Rohstoffe zu vermenren, die im Inland nicht gewonnen werden können, und anderseits die Einfuhr der Rohstoffe zu beschränken, an deren Stelle andere im Inland gewonnene Rohstoffe treten können. Als Beispiel dafür ist auf den Rückgang der Einfuhr von Textilrohstoffen hinzuweisen. Diese Einfuhr ist nicht etwa nur deshalb eingeschränkt worden, weil im Ausland mehr Baumwolle oder Wolle nicht gekauft werden konnte, sondern hauptsächlich deshalb, weil die gesteigerte Erzeugung eigener Textilrohstoffe (Zellwolle, Kunstseide) sich schon im Jahre 1936 wohltuend geltend gemacht hat.

Ich sehe davon ab, hier mehr statistische Einzelheiten über die Wirtschaft des Jahres 1936 zu bringen. Ich weise die Missionen aber auf die Druckschrift der Reichskreditgesellschaft in Berlin "Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1936/37" hin. Sie

ist

ist allen Missionen und Berufskonsulaten vor kurzem zugegangen. Sie enthält die interessanten statistischen Zahlen und Erläuterungen dazu in einer grösseren Ausführlichkeit, als dies in einem Runderlass geschehen könnte. Diese regelmässigen Druckschriften der Reichskreditgesellschaft haben im Inland und im Ausland im Laufe der Jahre mit Recht besondere Beachtung und Anerkennung erworben. Die vorliegende Druckschrift "Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1936/37" ist besonders gut gelungen. Ich empfehle sie allen Auslandsbeamten, nicht nur denjenigen, die sich referatsmässig mit Wirtschaftsfragen zu beschäftigen haben, zu eingehendem Studium. Das Studium ist besonders für die Beamten, die längere Zeit von Deutschland abwesend sind, nützlich und unentbehrlich. Das nationalsozialistische Deutschland ist in seinem vollen Gehalt nicht zu erfassen, wenn nicht auch seine wirtschaftliche Betätigung, so z.B. der neue Vierjahresplan, die Arbeitsbeschaffung und die Arbeitslosenbekämpfung, die Finanzierung dieser Aufgaben erfasst werden. Ich mache besonders auf die Abschnitte der Druckschrift aufmerksam, die einen Rückblick auf den ersten Vierjahresplan und einen Ausblick auf den zweiten Vierjahresplan und seine Aufgaben geben (Seite 1-4), und die die industrielle und die landwirtschaftliche Erzeugung und Versorgungslage darstellen (Seite 12-21 und Seite 23-3o). Die dort angegebenen Einzelheiten über die landwirtschaftliche Erzeugung und die Versorgungslage sind geeignet, das andere im Ausland mit Vorliebe verbreitete Märchen zu widerlegen, nämlich, daß Deutschland wegen Ernährungsschwierigkeiten vor dem baldigen Zusammenbruch stehe. Wenn die Reichsregierung sich auf dem Gebiete der Speisefette zu Überwachungsmassnahmen entschlossen hat, so nicht deshalb, weil der Verbrauch im Ganzen eingeschränkt werden muss, (etwa nach dem System der Butter- und Fettkarten während und nach dem Krieg), sondern nur, weil planmässig vorgesorgt werden sollte, daß jahreszeitlich, örtlich und nach der Kaufkraft der Bevölkerungsschichten überall eine gleichmässige und völlige Versorgung gewährleistet wird. Im übrigen ist das einfachste Argument gegen solche im Ausland verbreiteten Besorgnisse die Tatsache, daß im Erntejahr 1935/36 niemand in Deutschland gehungert hat und daß das Gleiche auch

im

im Erntejahr 1936/37 der Fall sein wird. Es erscheint nicht so sicher, ob das Gleiche alle anderen Staaten mit gutem Gewissen von sich behaupten können. Ich empfehle ferner dem Studium ganz besonders den Abschnitt "Staatsfinanzierung aus Steuern" (Seite 57-59). Das im Ausland gleichfalls viel erörterte Geheimnis oder Wunder der Finanzierung der grossen wirtschaftlichen Aufgaben findet darin zum grossen Teil seine Erklärung. Selbstverständlich muss der Abschnitt "Aussenhandel, Zahlungsbilanzen und Preise" (Seite 69-86) von den mit der Bearbeitung handelspolitischer Fragen beauftragten Beamten besonders eingehend gelesen werden.

II. Ausblick auf 1937, veränderte Bewertung der Ausfuhr und Einfuhr.

Wenn im Jahre 1936 Ausfuhr und Ausfuhrüberschuß gesteigert werden konnten, so können die deutschen Missionen im Ausland einen erheblichen Teil dieses Erfolges für sich in Anspruch nehmen. Dies wird in den Ministerien und in der privaten deutschen Wirtschaft voll und mit Dank anerkannt. Ich ersuche die Missionen, im Sinne des bekannten Runderlasses des Herrn Reichsministers vom vorigen Jahre diesen Dank und diese Anerkennung zum Anlaß zu nehmen, auch weiterhin sich mit aller Kraft den handelspolitischen Aufgaben zu widmen.

Die Aussichten für eine weitere Steigerung der deutschen Ausfuhr und dementsprechend auch für eine Zunahme der Einfuhr lebensnotwendiger Waren sind für das Jahr 1937 im allgemeinen nicht ungünstig. In vielen Ländern zeigt sich geradezu ein Warenhunger und zwar gerade nach den Waren, die Deutschlands besondere Domäne sind. Dieser Warenhunger ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass in den Rohstoffe und Lebensmittel ausführenden Ländern infolge der Preisbesserung die Kaufkraft und der Kaufwille gewachsen sind. Der in den Jahren der Krise aufgestaute Investitionsbedarf dieser Länder macht sich jetzt verstärkt geltend. Anderseits sind andere

industrielle

industrielle Wettbewerbsländer, wie z.B. England, aus bekannten Gründen in manchen industriellen Erzeugnissen nicht oder weniger lieferfähig. Die Nachfrage richtet sich daher verstärkt auf Deutschland. Es ist die Aufgabe aller an der deutschen Ausfuhr beteiligten amtlichen und nichtamtlichen Kreise, von dieser verstärkten Nachfrage möglichst viel und zu möglichst günstigen Preisen für Deutschland einzufangen. Für 1937 muss das Ziel sein, die Ausfuhr um eine Milliarde RM weiter zu steigern.

Auf eine wichtige Veränderung in der Bewertung der Ausfuhr und Einfuhr mache ich die Missionen besonders aufmerksam, deren Erkenntnis ihnen vielleicht bisher infolge der Entfernung entgangen ist. Im übrigen wird sie auch in Deutschland selbst allgemeiner erst in den letzten Monaten erkannt.

Früher ist die Ausfuhr als Selbstzweck angesehen und bewertet worden. Dies war auch richtig, so lange die grosse Arbeitslosigkeit bestand und es sich darum handelte, die Arbeitslosen wieder an die Arbeitsplätze zu bringen und so lange die Kapazität der deutschen Industrie nur unzureichend ausgenützt war. Heute ist das anders. Arbeitslosigkeit als wichtiges Problem besteht nicht mehr. Es besteht auf manchen Gebieten sogar Arbeitermangel. In manchen Industrien werden gelernte Facharbeiter schon aus dem Auslande zugelassen. Es ist sogar die Frage aufgeworfen worden, ob es im Jahre 1937 nicht notwendig sein wird, zur Erntezeit wieder Erntearbeiter wie früher in grösserer Zahl aus dem Auslande hereinzulassen. Ähnliches gilt bezüglich der Ausnützung der Kapazität mancher Industrien. Die deutsche Schiffbauindustrie z.B. ist auf lange Zeit hinaus so stark mit Aufträgen versorgt, dass es Mühe macht, noch einen Schiffbauauftrag unterzubringen, auf den aus irgendwelchen Gründen im Einzelfall besonderer Wert gelegt wird. Ähnlich ist es in manchen Zweigen der Maschinenindustrie. Bei der Rüstungsindustrie sind ausserdem noch andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Unter

Unter diesen Umständen ist die Aufgabe nicht mehr, die Ausfuhr zu steigern nur der Ausfuhr wegen. Die Aufgabe ist jetzt vielmehr, die Ausfuhr zu steigern, um die Einfuhr notwendiger Waren entsprechend steigern zu können. Aus dieser veränderten Lage ergeben sich natürlich allgemeine handelspolitische Wirkungen. Da die deutsche Ausfuhr schon unter dem Gesichtspunkt der Lieferfähigkeit nicht mehr beliebig gesteigert werden kann, ist die Aufgabe, jetzt mit der vorhandenen Lieferfähigkeit den größtmöglichen Effekt für die notwendige Einfuhr zu erzielen. Mit anderen Worten: Ausfuhr, gegen die nur Parfüms oder Weine hereinmommen, ist eine verlorene Ausfuhr. Wertvoll ist nur die Ausfuhr, gegen die Kautschuk oder Kupfer, Mais oder Ölfrüchte hereinkommen. Diese neue Richtlinie muss in Zukunft allen handelspolitischen Verhandlungen zu Grunde gelegt werden. Sie lässt sich natürlich nicht überall 100 %ig verwirklichen. Ein Handelsvertrag mit Frankreich z.B. kann nicht zustandekommen, wenn Deutschland sich völlig weigern wollte, Parfüms oder Weine einführen zu lassen. Das neue Ziel des handelspolitischen Kampfes muss aber immer im Auge behalten werden.

Unter diesem neuen Gesichtspunkt müssen auch die zahlreichen Klagen und Beschwerden betrachtet werden, die in letzter Zeit von vielen Missionen schriftlich oder drahtlich hierher gerichtet werden, weil deutsche Firmen sich entweder überhaupt weigern, angebotene Aufträge anzunehmen oder weil sie dafür zu lange Lieferfristen setzen oder weil vereinbarte Lieferfristen nicht eingehalten werden oder weil zu hohe Preise verlangt werden oder weil übernommene Aufträge mangelhaft ausgeführt werden. Die Missionen können sicher sein, dass diese Klagen und Beschwerden von den zuständigen Stellen hier mit aller Sorgfalt und möglichster Beschleunigung geprüft werden. In vielen Fällen ist durch das Eingreifen des Reichswirtschaftsministeriums abgeholfen worden. Unter

keinen

keinen Umständen darf mangelhafte Lieferung oder Nichteinhaltung vereinbarter Fristen geduldet werden. Wenn den Wünschen der ausländischen Auftraggeber hinsichtlich neu zu vereinbarender Lieferfristen nicht in allen Fällen stattgegeben werden kann, so ist das eben auf die oben erwähnte Tatsache zurückzuführen, dass in manchen Industrien die Lieferfähigkeit nicht mehr gesteigert werden kann. Bezüglich der Preisstellung wird den Ausfuhrindustrien schon jede mögliche Förderung gegeben; vielleicht wird in dieser Beziehung in einzelnen Fällen des Guten schon zu viel getan. Es muss für 1937 und weiterhin das Ziel verfolgt werden, daß nach der Erhöhung der Preise der Rohstoffe und Lebensmittel nunmehr auch die Preise für die industriellen Fertigerzeugnisse nachrücken, damit die deutsche Wirtschaft mehr als bisher den wirklichen Gegenwert für die ausgeführten Waren zurückerhält. Es ist verständlich und richtig, wenn die für die Ausfuhrförderung zuständigen hiesigen Stellen bestrebt sind, die gegenwärtige Welle verstärkter Nachfrage aus dem Ausland allgemein für eine Besserung der Preise für die deutsche Ausfuhr auszunützen.

Wenn ich den Missionen diese Gesichtspunkte für die Behandlung der hierher gemeldeten Einzelfälle darlege, so soll das nicht bedeuten, dass die Missionen in dem Eifer um die Hereinbringung von Aufträgen nachlassen oder solche Einzelfälle nicht mehr melden sollen. Im Gegenteil. Das Reichswirtschaftsministerium lässt die Missionen vielmehr ausdrücklich ersuchen, solche Fälle nach wie vor zu melden. Die Entscheidung darüber, ob die Hereinnahme solcher Aufträge im Einzelfall ermöglicht oder durchgesetzt werden kann, kann nur hier getroffen werden. Den Missionen wird ein abschliessendes Urteil darüber mangels Kenntnis der Lage in den einzelnen Industrien in der Regel nicht möglich sein. Das Reichswirtschaftsministerium bittet, bei solchen Meldungen möglichst viele Einzelheiten anzugeben (genaue Angabe der deutschen Firma, des ausländischen Auftraggebers,

gebers, des Gegenstandes des Geschäftes). Nur dann ist es möglich, dem Einzelfall beschleunigt nachzugehen.

Zusammenfassend ist also festzustellen: Es ist nach wie vor das Ziel der deutschen Handelspolitik, die Ausfuhr mit allen Mitteln zu steigern. Die Ausfuhr steht unverändert an der ersten Stelle der deutschen Wirtschaftspolitik. Es muss jedoch angestrebt werden, die vorhandenen Liefermöglichkeiten nach einem möglichst grossen wirtschaftlichen Effekt zu lenken. Daraus ergibt sich, dass bei beschränkter Liefermöglichkeit in erster Linie nach solchen Ländern geliefert wird, die in baren Devisen bezahlen, in zweiter Linie nach den Ländern, die im Wege der Verrechnung oder der Kompensation lebensnotwendige Rohstoffe oder Lebensmittel liefern und erst in dritter Linie nach den Ländern, von denen weniger wichtige oder überflüssige Waren geliefert werden, mit denen die Handelsbeziehungen aber aus allgemeinen handelspolitischen Gründen und im Hinblick auf die Zukunft aufrechterhalten werden sollen.

III. Internationale Währungsfragen.

Auf diesem Gebiet hat sich seit dem letzten Runderlass Wesentliches nicht ereignet.

Die Behauptung, dass es sich bei der bekannten Dreimächte-Erklärung vom 25. September 1936 und bei der Devalvation Frankreichs um eine wohlüberlegte und wohlvorbereitete Aktion der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs gehandelt habe, hat der holländische Ministerpräsident Colijn mit der treffenden Bezeichnung "Stabilisierung ins Blaue" ironisiert. In dieser Kritik tritt auch die Verärgerung der holländischen Regierung darüber erneut zu tage, dass sie seinerzeit nicht rechtzeitig unterrichtet und dass sie vor eine unerwünschte Zwangslage gestellt worden ist.

Von dem anderen Programmpunkt der damaligen Dreimächte-

mächte-Erklärung, nämlich dass die handelspolitischen Schrankenabgebaut werden müssen, hat sich bisher nichts verwirklicht. Weder haben die Vereinigten Staaten seitdem ihre prohibitiven Zölle abgebaut, noch hat England seine eigenen Zölle ermässigt oder das System der Zollpräferenzen zugunsten des englischen Weltreiches erleichtert, noch hat Frankreich Wesentliches an seiner strikten Politik der Einfuhrkontingentierung geändert. Die wenigen Einfuhrerleichterungen, die Frankreich im Zusammenhang mit der Devalvation zugelassen hat, sind handelspolitisch bedeutungslos. Sie sollten nur der drohenden Preissteigerung im Innern vorbeugen. Die Vorbesprechungen, sie vor kurzem in Berlin zur Vorbereitung der demnächst beginnenden deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen stattgefunden haben, haben erkennen lassen, dass die französische Regierung entschlossen ist, die Einfuhrkontingentierung mit der gleichen Starrheit wie bisher fortzuführen. Ebensowenig haben die drei anderen Staaten Holland, Belgien und die Schweiz, die sich der Aktion der drei Mächte nachträglich angeschlossen haben, etwas Wesentliches zum Abbau der Handelsschranken getan.

Es ist eine wichtige Aufgabe der Missionen, es durch ständige Bearbeitung und Beeinflussung der dortigen amtlichen Stellen, der Bank- und Handelskreise und der Presse, der ganzen Welt zum Bewusstsein zu bringen, daß der Anstoß zu einer freieren Gestaltung des Waren - und Zahlungsverkehrs nur von dieser Gruppe von Staaten ausgehen kann. Es ist kein Zufall, dass diese Gruppe von Staaten früher oder jetzt den Entschluss zur Devalvation und zur Beibehaltung des freien Zahlungsverkehrs fassen konnte, während die Gruppe der übrigen Staaten sich weiter mit dem lästigen Aushilfsmittel der Kontrolle des Zahlungsverkehrs behelfen muss. Das ist vielmehr die zwangsläufige Folge der gegebenen wirtschaftlichen und finanziellen Kräfteverteilung. Aus dieser verschiedenen Kräfteverteilung hat sich die Bildung dieser zwei Gruppen entwickelt. Zu der einen Gruppe gehören die genannten

sechs Länder, die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Holland, Belgien und die Schweiz, zu denen unter einigen Gesichtspunkten auch noch andere Länder, wie z.B. Schweden, gerechnet werden können. Diese Länder sind die Gläubiger der übrigen Welt. Sie verfügen im Mutterland oder mit den Kolonien zusammen reichlich über Ackerland, Siedlungsraum, Rohstoffe und Lebensmittel. Sie besitzen fast alle Kolonien, ohne sie voll entwickeln zu können. Sie haben das ganze Währungsgold aufgehäuft, ohne es voll verwerten zu können. Auf der anderen Seite stehen die Länder, die die Schuldner der ersten Gruppe sind. Dazu gehören ausser Deutschland die Länder des europäischen Südostens und die Türkei, die meisten Länder Südamerikas, sowie Polen und Japan, die erst vor kurzem die Kontrolle des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland neu eingeführt haben, in gewisser Beziehung auch Italien. Die Länder dieser zweiten Gruppe geniessen nicht die gleiche wirtschaftliche Ausgeglichenheit, wie die der ersten Gruppe. Entweder sind sie übervölkert wie Deutschland, Italien, Japan, Polen, oder sie haben zwar reichlichen Siedlungs- und landwirtschaftlichen Raum, aber nicht genügend Verbraucher im eigenen Land. Sie haben keine Kolonien oder haben sie, wie Japan und Italien erst in den letzten Jahren erworben. Sie haben keine oder unzureichende Währungsreserven. Die Länder dieser zweiten Gruppe können es sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht leisten, den Zahlungsverkehr und im Gefolge davon den Warenverkehr freier zu gestalten, ohne ihre Volkswirtschaft zu gefährden. Am ehesten wird das noch bei einigen Ländern Südamerikas als Folge der Preissteigerung der letzten Zeit der Fall sein können. Wenn die in der Dreimächte-Erklärung gepredigte Stabilisierung der Währungen, Aufhebung der Kontrollen des Zahlungsverkehrs und freiere Gestaltung des Güteraustausches verwirklicht werden sollen, müssen vorher mehrere Voraussetzungen erfüllt sein. Es müssen die Auslandsschulden neu geregelt, d.h. auf ein tragbares Mass heruntergesetzt werden. Die Länder

ohne

ohne Währungsreserven müssen Gewähr für die Aufrechterhaltung ihrer Währungen erhalten. Das Anleihe- und Kreditembargo, das in den kapitalstarken Ländern besteht, muss aufgehoben werden. Deutschland muss seine Kolonien zurückerhalten. Die Rohstoffverteilung muss gleichmässiger geregelt werden. Diese Voraussetzungen können ohne die Mitarbeit der Länder der ersten Gruppe nicht geschaffen werden. Solange sie dazu nicht bereit sind, werden sie und mit ihnen die übrige Welt sich mit der Fortdauer der gegenwärtigen unerfreulichen Lage abfinden müssen.

IV. Aufleben der Oslo- und Ouchy-Politik.

Der holländische Ministerpräsident Colijn hat die handelspolitische Welt damit überrascht, dass er die Bestrebungen der Oslo- und Ouchy-Abmachungen zu neuem Leben erwecken will. Über den Ouchy-Vertrag und die Oslo-Konvention sind die Missionen seinerzeit unterrichtet worden. Der Ouchy-Vertrag hatte ein engeres wirtschaftspolitisches Verhältnis zwischen Holland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion mit einer gewissen gegenseitigen handelspolitischen Bevorzugung der beiden Staaten untereinander zum Ziel. Das Inkrafttreten dieses Vertrages scheiterte damals an den englischen Vorbehalten. Die Oslo-Konvention war im Ganzen eine ziemlich verschwommene handelspolitische Konstruktion mit dem Ziel des Abbaus der handelspolitischen Schranken. Sie hat in der Handelspolitik niemals eine praktische Bedeutung erlangt.

Wohin die jetzigen Absichten Colijns im Einzelnen gehen, ist noch nicht klar ausgesprochen worden. Wenn man Herrn Colijn nicht aus seiner Vergangenheit als einen ernst zu nehmenden Wirtschaftspolitiker kennte, wäre man versucht, seine Initiative mit dem wenig glücklichen bekannten Plan des ehemaligen Aussenministers, jetzigen Ministerpräsidenten der Tschechoslowakei, Hodza, auf eine Stufe zu stellen. Der auf einen engeren handelspolitischen Zusammenschluss der Länder im Donauraum gerichtete

gerichtete Plan Hodza's war von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil die wirtschaftliche Struktur dieser Länder und ihre handelspolitischen Beziehungen einem solchen Plan direkt entgegengesetzt waren. Nicht ganz so krass, aber doch ähnlich liegt es bei den Ländern, an die die jetzige Initiative Colijn's sich richtet. Vielleicht hat Herr Colijn selbst über seine Absichten im Einzelnen noch keine klare Vorstellung. Vielleicht sollen die Absichten erst auf der für Anfang März beabsichtigten Zusammenkunft von Sachverständigen der beteiligten Länder herausgearbeitet werden. Beteiligt sind Holland, die belgisch-luxemburgische Wirtschaftsunion, Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland.

Die deutsche Handelspolitik wartet zunächst ab, welche konkreten Vorschläge aus diesen Beratungen hervorgehen. Erst dann wird beurteilt werden können, ob Deutschland von dieser Initiative besonders betroffen wird oder ob sie sich in erster Linie gegen England oder andere Länder richtet. Über einen Punkt kann aber jetzt schon ein Zweifel nicht bestehen, nämlich, dass Deutschland eine handelspolitische Bevorzugung dieser Länder untereinander nicht hinnehmen könnte, ohne selbst Folgerungen für die Aufrechterhaltung der vertraglich vereinbarten oder tatsächlich bestehenden Meistbegünstigung zu ziehen. Ich ersuche die beteiligten Missionen, bei den betreffenden Regierungen in diesem Punkt keinen Zweifel zu lassen, im übrigen über die weitere Entwicklung laufend zu berichten.

V. Lateinamerika.

Ich habe vor kurzem aus besonderem Anlass an die deutschen Missionen in Lateinamerika einen besonderen Runderlass über die handelspolitische Stellung Deutschlands zu den lateinamerikanischen Ländern gerichtet. Ich füge Abschrift davon zur Unterrichtung der übrigen Missionen hier bei. Von der Beifügung der in dem Runderlass an die Missionen in Lateinamerika erwähnten Anlagen sehe ich ab, da

sie

sie zu umfangreich und für das Verständnis des Erlasses nicht notwendig sind.

Im Auftrag

Bittner